

Atommacht Nordkorea - was tun?

Umbach, Frank

Veröffentlichungsversion / Published Version

Literaturbericht / literature report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Umbach, F. (2003). Atommacht Nordkorea - was tun? *Internationale Politik*, 58(11), 65-68. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-131647>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Atommacht Nordkorea – was tun?

von Frank Umbach

Seitdem die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK) Anfang Oktober 2002 in Gesprächen mit den Vereinigten Staaten zugegeben hat, über ein geheimes Nuklearwaffenprogramm auf Uranbasis zu verfügen, hat sich die Situation auf der koreanischen Halbinsel zugespitzt. Während die Welt noch rätselte, ob Nordkorea tatsächlich bereits Nuklearwaffen hat oder nicht (die USA, China, Japan und die IAEA gehen von zwei bis sechs Sprengköpfen aus), beließ Pjöngjang es nicht bei Worten. Im Januar 2003 trat Nordkorea als einziger Staat weltweit aus dem Atomwaffensperrvertrag (NPT) aus, schickte die Inspekture der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) nach Hause und ließ alle elektronischen oder sonstigen technischen Überwachungsmittel an seinen bekannten Atomanlagen demontieren. Im Juli und dann Anfang Oktober 2003 erklärte Pjöngjang, dass es seine 8000 nuklearen Brennstäbe bereits längst aufbereitet habe. Damit könnte Nordkorea genug Plutonium gewonnen haben, um mehrere Sprengköpfe herzustellen. Die nukleare Erpressungsstrategie Nordkoreas ist jedoch nicht neu, sondern Bestandteil eines Atompokers seit nunmehr neun Jahren.

Die nordkoreanische Führung verlangt zur Aufgabe ihrer Nuklearwaffenambitionen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Washington, einen bilateralen Nichtangriffspakt mit den USA und umfangreiche Wirtschaftshilfen. Für die USA und die internationale Gemeinschaft, die faktisch schon einmal die nukleare Erpressungsstrategie Pjöngjangs wirtschaftlich sowie indirekt auch politisch honoriert und damit die globalen Rüstungskontrollanstrengungen durch unterschiedliche Standards geschwächt hatten, stehen theoretisch die Möglichkeiten von gezielten Militärschlägen, Wirtschaftssanktionen und Verhandlungen zur Verfügung. Auch wenn viele Beobachter nach dem Irak-Krieg vorschnell vergleichbare Militäraktionen der USA gegen Nordkorea erwartet hatten, so ist deren Wahrscheinlichkeit eher gering, da das militärische Risiko zu groß ist und Washington auf politische Unterstützung seiner Partner, insbesondere Chinas, angewiesen ist. So könnte Nordkorea mit seinen konventionellen Streitkräften und che-

mischen sowie unter Umständen auch biologischen Waffen die nicht einmal 40 Kilometer entfernte Hauptstadt Südkoreas, Seoul, mit mehr als zwölf Millionen Einwohnern innerhalb weniger Stunden oder Tage vernichten. Inzwischen gehen Geheimdienste mehrerer Staaten auch

Verhandlungen sind der einzige Ausweg aus dem nuklearen Dilemma.

davon aus, dass Nordkorea über eine zweite nukleare Wiederaufbereitungsanlage in einem unterirdischen Bunker verfügt, der weder den USA bekannt ist noch von Spionagesatelliten aufgespürt werden kann. Auch neue Wirtschafts-

sanktionen sind angesichts der widrigen Lebensumstände in Nordkorea problematisch, da diese unter Umständen zu einem schnellen Kollaps des Regimes mit chaotischen Auswirkungen (unkontrollierte Migrationsströme usw.) führen könnten.

Bleiben also nur Verhandlungen. Hierbei beharrten die Vereinigten Staaten auf multilateralen Gesprächen, während Nordkorea bis vor kurzem auf einem ausschließlich bilateralen Dialog mit den USA bestand. Nach Aufnahme der Sechsergespräche (Teilnehmer sind neben Nordkorea Südkorea, die USA, Japan, Russland und China) bestehen die USA aber weiterhin auf einem „vollständigen, verifizierbaren und irreversiblen“ Stopp aller nordkoreanischen Aktivitäten zur Herstellung von Nuklearwaffen, bevor über Wirtschafts- und sonstige Hilfen an Nordkorea verhandelt werden könne. Zwar zeigt sich inzwischen das amerikanische Außenministerium zunehmend flexibler im Sinne eines Quidproquo-Ansatzes (wie z.B. der Zehn-Punkte-Plan des Abgeordneten Curt Weldon), doch trifft dies noch immer auf den Widerstand der Hardliner im Pentagon, die sich weiterhin von der Hoffnung auf einen Regimewandel leiten lassen.

Dennoch ist es nicht so sehr die Politik der USA, die für die erneute Krise verantwortlich gemacht werden muss, sondern die Nordkoreas. So hat das Land mit seinen geheimen Nuklearwaffenaktivitäten gleich mehrere Abkommen verletzt: das Genfer Rahmenabkommen von 1994, die Nord-Süd-Deklaration der beiden koreanischen Staaten aus dem Jahr 1992 zur Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel sowie das Safeguard-Abkommen der IAEA von 1992. Kein anderes Land hat so oft und derart provokativ bis hin zu Androhungen eines Nuklearwaffenkriegs die internationalen Rüstungskontrollabkommen verletzt.

Vor diesem Hintergrund ist auch fraglich, inwieweit ein bilateralen Nichtangriffspakt mit den USA der nordkoreanischen Führung wirk-

lich eine effektive Sicherheitsgarantie gegen präventive Militärschläge der USA bietet. So würde dies nicht nur der tradierten Sicherheitsperzeption und der von *Kim Il Sung* entwickelten Juche-Ideologie widersprechen. Pjöngjang scheint vielmehr die amerikanische Irak-Intervention als Modellfall für Nordkorea zu sehen: erst Entwaffnung, dann Regimewechsel. Damit aber wären die Aussichten auf Verhandlungsergebnisse von vornherein gering. Zudem soll *Kim Jong Il* in einer internen Militärzeitschrift im Juni 2001 gegenüber seinen Militärs erklärt haben, dass solche Abkommen und Verträge keinen Krieg wirklich verhindern und keinen Frieden garantieren können.

Doch selbst bei größerer Flexibilität der USA und Optimismus für die Sechser-Verhandlungen dürfte ein effektives Verifikationsabkommen kaum realistisch sein. Der

Grund hierfür ist weniger in dem Umstand zu suchen, dass Nordkorea nicht doch auf Nuklearwaffen ver-

zichten könnte, da Pjöngjang auch danach noch über effektive Vergeltungswaffen (vor allem chemische Waffen) gegen Seoul verfügen würde. Vielmehr würden für ein solches Verifikationsabkommen die gleichen Bedingungen der IAEA gelten, wie dies für Iran oder andere nukleare Schwellenstaaten gilt. Im Gegensatz zu den neunziger Jahren müsste Nordkorea nicht nur die von seiner Seite deklarierten Einrichtungen für IAEA-Inspektionen freigeben, sondern auch alle verdächtige Anlagen ad hoc und ohne große Vorwarnung in einem Zusatzprotokoll der IAEA ihren Verifikationen unterwerfen. Dies wäre nicht allein wegen der mangelnden Glaubwürdigkeit Nordkoreas notwendig, sondern auch weil diese Verifikationsauflagen integraler Bestandteil des globalen Verifikationsregimes der IAEA sind und ein geringeres Maß an Inspektionen doppelte Standards setzen würde, die den globalen Rüstungskontrollbemühungen widersprechen.

Insofern geht es bei den Verhandlungen mit Pjöngjang (wie mit Teheran) um nicht weniger als die Zukunft der globalen Rüstungskontrollregime. Doch selbst größte Optimisten können sich derzeit nicht vorstellen, dass Nordkorea einem solchen Inspektionsregime zustimmen würde, da es faktisch seine mehr als 10 000 unterirdischen Bunker kontrollieren lassen müsste. Nordkorea würde damit von dem geschlossenen politischen System über Nacht zu einem fast völlig transparenten Land mutieren.

*Es geht um die Zukunft
der weltweiten
Rüstungskontrollregime.*

Wenn ein solches verifizierbares Abkommen aber kaum realistisch ist, muss sich dann die internationale Gemeinschaft mit einem mit Nuklearwaffen ausgerüsteten Nordkorea abfinden, so wie mit Pakistan und Indien? Auf jeden Fall hätte dies erhebliche Auswirkungen auf die regionale Stabilität und Sicherheit in Nordostasien, die zu einem noch größeren regionalen Rüstungsaufwuchs und gegenseitigen Bedrohungsperzeptionen führen könnten und von einem noch erheblich unsiche-

*Der drohende Kollaps
globaler Abrüstung.*

rem Krisenmanagement auf der koreanischen Halbinsel begleitet wären. Zudem müssten sich die Sechser-Gespräche zunächst auf die Einstellung aller Exporte der Technologien zur Herstellung von Nuklearwaffen und ballistischen Raketen konzentrieren und erst dann auf die Nuklearwaffenoption Pjöngjangs. Die größten Verlierer aber wären die globalen Rüstungskontrollregime und die multilateralen Abrüstungsbemühungen, die faktisch vor einem Kollaps stehen würden. Die globale Ordnungspolitik müsste völlig neue Instrumente finden oder wieder Zuflucht in den alten Kategorien nuklearstrategischen Denkens suchen, dessen tradierte Abschreckungsphilosophien jedoch von den neuen Nuklearmächten nicht zwangsläufig verinnerlicht würden.

Frank Umbach, geb. 1963, ist seit 1996 Wissenschaftlicher Mitarbeiter (Resident Fellow) im Forschungsinstitut der DGAP, Berlin.